

Antrag 132/I/2020**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****vertagt auf LPT II/2020 (Konsens)****Alle Möglichkeiten nutzen: Untersuchungsausschuss im Abgeordnetenhaus zum anhaltenden rechten Terror und Verbindungen zum NSU in Berlin-Neukölln einrichten**

1 In Berlin gibt es seit über zehn Jahren eine rechte An-
2 schlagserie, die nach wie vor nicht ansatzweise aufgeklärt
3 ist.
4
5 Eine kleine Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus ergab,
6 dass alleine im Zeitraum von Januar bis September 2019
7 80 Delikte alleine in Neukölln stattgefunden haben, die
8 dem rechten Spektrum zuzuordnen sind.
9 Immer wieder wurden und werden Menschen, die sich ge-
10 gen rechts engagieren, durch Graffitis in und an Wohn-
11 häusern eingeschüchtert und bedroht, Brandsätze gelegt
12 und geworfen, Stolpersteine wurden gestohlen oder zer-
13 stört.
14 Eine lange Liste von Straftaten, Übergriffen, Drohanrufen
15 und Brandanschlägen gegen vom rechten Terror betroffene-
16 nen Personen zeigen, dass bisher unklar ist, ab wann Si-
17 cherheitsbehörden von Gefährdungen für konkrete Per-
18 sonen wussten, wie und wieso mit diesen Informationen
19 auf die jeweilige Art umgegangen wurde, welche Schlüsse
20 daraus gezogen wurden und welche Fehlschlüsse zu ge-
21 fährlichen, lebensbedrohlichen Situation für Betroffenen
22 der rechten Terrorserie geführt haben.
23
24 Nachdem die Bundesanwaltschaft sich trotz zweimaliger
25 Aufforderung vom Innensenator weigerte, die Ermittlun-
26 gen an sich zu ziehen, übernahm sie im August 2020
27 dennoch die Ermittlungen. Die Begründung der zuständi-
28 gen Generalbundesanwältin liegt darin, dass einer der zu-
29 ständigen Staatsanwälte befangen sei. Diese Befangen-
30 heit ist darin begründet, dass der Staatsanwalt - laut ei-
31 ner Äußerung eines Verdächtigen in einem abgehörten
32 Telefonat - diesem Verdächtigen zugestanden haben soll,
33 dass sich der Verdächtige keine Sorgen machen müsse,
34 da der Staatsanwalt selbst AfD wähle. Das Protokoll die-
35 ses abgehörten Anrufs wurde einer Anwältin der Betrof-
36 fenen erst nach einer Beschwerde zugänglich gemacht.
37 Kurz nach der Aufdeckung dieses Skandals stand einer der
38 Polizeibeamten, der Teil der Ermittlungsgruppe Rechtsex-
39 tremismus (REX) ist und in diesem Rahmen auch Kon-
40 takte mit Betroffenen der Anschläge hatte, wegen einem
41 rassistischen Angriff vor Gericht. Ebenso macht die Berli-
42 ner Datenschutzbeauftragte öffentlich, dass es im Zusam-
43 menhang mit rechtsextremen Morddrohungen an und in
44 Wohnhäusern in Neukölln unerlaubte Datenabfragen der
45 Polizei zu den dort lebenden Personen gab. Die Polizei ver-
46 weigert allerdings weitestgehend die Aufklärung dieser
47 Abfragen und verweigert die Kooperation mit der Daten-

48 schutzbeauftragten. Innensenator Geisel reagierte dar-
49 auf mit der Einsetzung einer externen Kommission. Diese
50 Kommission, die im September 2020 ihre Arbeit aufneh-
51 men soll, soll aus zwei bis drei Expert*innen bestehen, die
52 nicht aus Berlin kommen und deutschlandweite Erfahrun-
53 gen im Kampf gegen rechts haben. Mit Ergebnissen dieser
54 Kommission soll frühestens Ende 2020 zu rechnen sein.
55 Dieser Schritt ist aufgrund der massiven Ermittlungsfeh-
56 ler und der Verbindung von Beamt*innen zum rechtsex-
57 tremen Milieu und den Tatverdächtigen bei weitem nicht
58 ausreichend. Das Vertrauen der Betroffenen und der Zivil-
59 gesellschaft in die Berliner Ermittlungsbehörden ist nach-
60 haltig gestört. Betroffene fragen sich, wie sie teilweise
61 mehrfach Opfer von Anschlägen werden konnten, obwohl
62 sie umzogen und ihre Meldeadresse mit Sperrvermerk
63 versehen wurden. Die Staatsanwaltschaft stellt trotz ge-
64 genteiliger Versicherungen Ermittlungsverfahren ein. Bis
65 heute wurde noch niemand verurteilt, obwohl die Liste an
66 Straftaten lang und erheblich ist.

67
68 Das Bundesland Berlin hat keinen NSU-
69 Untersuchungsausschuss eingerichtet, obwohl bekannt
70 ist, dass Verbindungen von Personen des NSU nach Berlin
71 nachgewiesen werden können. Andere Bundesländer
72 mit dieser Verbindung zum NSU handelten auch mit der
73 Einsetzung von Untersuchungsausschüssen. Eine Auf-
74 klärung, welche Kontakte Mitglieder des NSU, auch das
75 Trio Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt,
76 in Berlin hatten und wo sie sich aufgehalten haben, ist
77 somit nicht vorgenommen worden.

78 In Bezug auf die rechte Terrorserie in Neukölln kommt
79 hinzu, dass etwa Carsten Szczepanski, bekannter Neona-
80 zi und V-Mann des Verfassungsschutzes, bereits im Jahr
81 1993 verantwortlich war für einen Brandanschlag auf den
82 Kleinbus der Falken Neukölln. Eine Verurteilung erfolgte
83 wegen Sachbeschädigung. Zu V-Mann „Piatto“ wurde Szc-
84 zepanski in der Haft, in der er nach einem Mordversuch an
85 einen Lehrer aus Nigeria im Jahr 1994 kam. Die Aktivitäten
86 Szczepanskis in der Brandenburger und Berliner Neonazi-
87 szene, seine Verbindung zum NSU und der Fakt, dass das
88 Haus der Falken-Neukölln auf der Terrorliste des NSU auf-
89 taucht und dass aktive Mitglieder der Falken-Neukölln
90 und er SPD Neukölln Betroffene der rechten Terrorserie
91 sind, der lassen die Vermutung nahe legen, dass auch hier
92 eine direkt Verbindung aufzumachen ist.

93
94 Diesen Indizien muss im Sinne der Möglichkeiten ei-
95 nes Untersuchungsausschusses detailliert nachgegangen
96 werden, um abgesehen von der Aufklärung aktueller Ta-
97 ten, die Strukturen, Netzwerke und Wege der rechten
98 Gruppen nachvollzogen werden könne. Nur so ist es mög-
99 lich, Schlüsse für künftige Ermittlungen und konkrete
100 Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Straftaten zu zie-

101 hen. Es gilt, die Sicherheit für alle Menschen zu erhöhen
102 und den Betroffenen zu zeigen, dass alle Mittel ergriffen
103 werden, um zu schützen und weitere Taten zu verhindern.
104 Die Terrorlisten des NSU sind die Verbindung zur aktuellen
105 Terrorserie. Diese Verbindungen müssen untersucht wer-
106 den.

107

108 Aktuell zeigen die veröffentlichten Ergebnisse der Beson-
109 deren Aufbauorganisation (BAO), der sogenannten Son-
110 derermittlungsgruppe „Fokus“, dass systematische Un-
111 tersuchungen höchst brisante und relevante Ergebnis-
112 se liefern können. So sind durch Ermittlungen der BAO
113 500 Menschen in Dateien zu Feindeslisten von tatver-
114 dächtigen Rechtsextremisten aufgetaucht, die vorher un-
115 bekannt waren. Außerdem konnten so Verbindung zwi-
116 schen Taten und Tätern hergestellt und bisher unbekante
117 Strukturen erkannt werden. Dieses Ziel kann ein Untersu-
118 chungsausschuss unterstützen.

119

120 Mittlerweile wurde eine Petition im Umfang von 25.000
121 Unterschriften an das Abgeordnetenhaus übergeben.
122 Die Betroffenen fordern einen parlamentarischen Unter-
123 suchungsausschuss zum Umgang der Sicherheits- und
124 Strafverfolgungsbehörden mit der rechten Anschlagserie.
125 Das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden sei zerrüttet, sie
126 fordern Aufklärung.

127

128 Wir solidarisieren uns mit den Betroffenen Menschen und
129 fordern daher:

130

- 131 • Die schnellstmögliche Einrichtung eines parlamen-
132 tarischen Untersuchungsausschusses im Berliner
133 Abgeordnetenhaus noch in dieser Legislaturperi-
134 ode, um Strukturen und Netzwerke vergangener
135 Straftaten nachvollziehen zu können und Vorge-
136 henswiesen der Sicherheitsbehörden daraufhin zu
137 beleuchten
- 138 • Eine Überprüfung, inwiefern der NSU und seine his-
139 torischen Netzwerke mit der aktuellen Terrorserie in
140 Verbindung stehen
- 141 • Eine Untersuchung möglicher strategischer Ermitt-
142 lungsfehler, um eine endgültige Aufklärung der
143 Straftaten zu ermöglichen

144